



[Logikpatente](#) > [Chronik](#) > [Neues 2004](#) > KEG 04/03/26



Neues 2004	Irland 04/01/09	Acacia 04/01/15	Bodström 04/01/16	Kober 04/01/14	Amazon 04/01/25	OECD 04/01/30
----------------------------	---------------------------------	---------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------------------

EU stärkt das Microsoft-Monopol

Das Kartellverfahren der Europäischen Kommission gegen Microsoft hat zu einem Urteil geführt, das Microsofts Monopolstellung im Betriebssystemmarkt deutlich stärkt und Microsoft hilft, in andere Märkte zu expandieren. Während die Kommission mit der Verhängung einer einmaligen Strafe in Höhe von 1% der liquiden Finanzmittel von Microsoft sich eine spürbare Finanzspritze verschafft hat, gibt das Kleingedruckte Microsoft grünes Licht, ihre Hauptkonkurrenten im Betriebssystemmarkt zu vernichten. Dieses Kleingedruckte wurde gleichzeitig durch Hinterzimmergeschäfte im Patentarbeitskreis des Rates bestätigt, von denen der FFII Kopien erhalten hat. Unmittelbar nach den Ankündigungen stieg der Aktienkurs von Microsoft um 3%.

- [Details](#)
- [Kommentierte Verweise](#)

Details

Am Tag nach der Ankündigung der Entscheidung der Europäischen Kommission über die wettbewerbsbehindernden Methoden von Microsoft stieg deren Aktienkurs um drei Prozent.

Während die Kommission eine einmalige Geldstrafe von 1% der Microsoft'schen Bargeldreserve verhängte, beinhaltet diese Entscheidung eine extreme Auslegung des TRIPS-Vertrages, die es Microsoft erlaubt, einen a "fairen Ausgleich" für die Benutzung jedweder proprietärer Protokolle, für die sie in Europa Patente erhalten haben, zu verlangen.

Dies bedeutet, sofern die Ergänzungen des Europäischen Parlaments zu der geplanten Software-Patent-Direktive nicht vollständig akzeptiert werden, daß Microsoft offiziell grünes Licht für die Beseitigung ihrer Haupt-Wettbewerber von der Europäischen Kommission erhalten hat.

Wie The Register [berichtet](#):

Anstatt Microsoft zu bestrafen, hat die am Mittwoch bekanntgewordene Entscheidung der

Europäischen Kommission dieser Firma eine strahlende Zukunft als eine Patent-Lizensierungs-Gesellschaft gesichert. XXX Der folgende Satz ist ziemlich unklar: Nach einem Vertreter wurden nur zwei Open-Source-Fürsprecher vor der Untersuchung als Zeugen geladen. Weil es Microsoft erlaubt sein wird, Lizenzgebühren für veröffentlichte APIs zu verlangen, sagte Jeremy Allison, das Projekte wie Samba, an deren Leitung er beteiligt ist, einer prohibitive Hürde entgegensehen würden. Die Wettbewerber von Microsoft benutzen Samba, um von Windows-Maschinen auf Datei- und Druckdienste zuzugreifen. Die Untersuchung der Europäischen Kommission (XXX Gemeinschaft?) wurde von Sun Microsystems, die durch Unterfangen wie "Projekt "Cascade" versucht haben, in proprietärer Form das zu tun, was Samba und ähnliche Projekte wie der "Evolution Exchange"-Client von Novell in Form freier Software tun, angezettelt: Bereitstellung einer kompatiblen und interoperablen Infrastruktur, um mit der Unternehmenssoftware von Microsoft zu konkurrieren. Die Wettbewerber Microsofts haben sich zunehmend auf diese freien Softwareprojekte verlassen. Aber die Entscheidung vom Mittwoch hat das Anti-Microsoft-Lager unerwarteterweise gespalten, sagt Allison. "Die EU hatte eine wunderbare Gelegenheit, wurde aber zu gierig," sagte er uns gestern. "Dies spaltet den Wettbewerb."

Håkon Wium Lie, der CTO (Technik-Vorstand) von <http://www.opera.com/>, einer von Microsofts wenigen verbleibenden Wettbewerbern im Browser-Markt, fügt hinzu:

Es ist nie fair für irgendeine Firma, unabhängig von der Größe, von den Wettbewerbern für die bloße Benutzung von Protokollen, die für die Interoperabilität zwingend erforderlich sind, Geld zu verlangen. Die einzige faire Entschädigung für eine solche Nutzung ist gar keine Entschädigung. Deswegen haben wir beim World Wide Web Consortium (W3C) entschieden, daß Web-Standards lizenzgebührenfrei zu sein haben.

Diese Position wurde auch von dem Europäischen Parlament in dem erweiterten Artikel 6a über die Begrenzungen des Patentschutzes im Hinblick auf die Interoperabilität ausgedrückt.

Trotzdem kämpft die Europäische Kommission auf Basis der gleichen fragwürdigen Interpretation des TRIPS-Vertrages gegen diesen Artikel 6a des Europäischen Parlaments, die zugunsten der Monopolinteressen von Microsoft in diesem Wettbewerbsfall herangezogen wird.

Ein Professor für Wettbewerbsrecht erklärte kürzlich bei einem Treffen in der Nähe von Brüssel, was an der Interpretation von TRIPS durch die Kommission nicht stimmt:

Artikel 30 des TRIPS-Vertrages sagt klar aus, daß die Ausschlußrechte, die ein Patent gewährt, aufgrund von wettbewerbsrechtlichen Überlegungen beschränkt werden können, wenn dies nicht die normale Verwertung dieses Patents verhindert. Die normale Verwertung des Patents ist, Leute dazu zu zwingen, durch verbesserte Lösungen statt durch Imitation zu konkurrieren. Aber bei Kommunikations-Standards gibt es keinen Grund, verbesserte Verfahren zu finden, Selbst, wenn Ihre Sorte Esperanto performanter als Englisch ist, sind

Sie gut beraten, eine automatische Übersetzung von und nach Englisch anzubieten, Ansonsten wird niemand Ihre Sprache nutzen, und Sie werden nicht in der Lage sein, alle Ihre wundervollen Werke, die Sie in dieser Sprache geschrieben haben, zu verkaufen. Wenn die Englische Sprache patentiert wäre, könnten Leute nicht mehr auf der Basis der Qualität ihrer Werke konkurrieren. Ähnliche wettbewerbsfeindliche Situationen treten bei Softwarepatenten regelmäßig auf, und sie verlangen nach einer generellen Lösung im Patentrecht und nicht nach einer Fortschreibung des Wettbewerbsrechts von Fall zu Fall. Eine generelle Ausnahme zugunsten der Interoperabilität würde das betroffene Patent kein bisschen weniger wertvoll als andere Patente machen. Man könnte hierin genau die Art von Ausnahme erkennen, die der Dreistufengesetz gemäß Artikel 30 TRIPs erlaubt. Glauben Sie nie jemandem, der etwas über TRIPs sagt, ohne den Text zu prüfen!

These comments do not yet take into account the fact that the software patents on which Microsoft's interface ownership attempts are based have been granted against the letter and spirit of the European Patent Convention and in fact of the TRIPs treaty itself, as is easy to see and many law scholars have pointed out.

siehe auch **Der TRIPs-Vertrag und Softwarepatente** und **Interoperabilität und die Softwarepatent-Richtlinie: Welche Schranken sind Erforderlich?**

Die Kommission scheint fragwürdige Interpretationen von TRIPs unter dem Druck von Frits Bolkestein, dem Kommissar für Binnenmarkt, anzunehmen, der behauptete, daß die ursprünglichen Anforderungen zu für Microsoft zu hart gewesen wären und zu Sanktionen seitens der WTO geführt hätten, weil sie nicht durch den Artikel 30 von TRIPs gerechtfertigt seien.

Bolkesteins Direktorium hat (XXX Anm. des Übersetzers: schon seit einiger Zeit, kommt auch der Semantik im Englischen am Nächsten) dem Parlament gedroht und die Kommission falsch informiert, um extremen Interpretationen von TRIPs zu fördern und der unbegrenzten Patentierbarkeit von Software, einschließlich "computer-implementierten Geschäftsmethoden", in der EU den Weg zu bereiten.

Die von Bolkesteins Direktorium in diesem Prozeß verwendeten Texte kamen vom Europäischen Patentamt (EPO) und von der Business Software Alliance (BSA). Der Entwurf zur Softwarepatent-Direktive trug die Handschrift derselben, der BSA und Microsoft nahestehenden Kreise, die (XXX Anm. des Uebersetzers: auch) in einem **Dokument der US-Regierung** auftauchte, die gegen den Artikel 6a des Europäischen Parlaments (XXX Anm. des Übersetzers: gerichtet war), das Anfang September 2003 von der US-Vertretung in Brüssel unter MdEPs in Umlauf gebracht wurde.

Während Bolkestein von einem Schwarm von Lobbyisten der Großindustrie und der Patent-Gemeinde jederzeit umschwärmt zu sein scheint, hat er bislang noch. Die Generaldirektion

Binnenmarkt hat immer ienseitig die Interessen der "wirtschaftlichen Mehrheit" gefördert, also die firmeneigenen Patentanwälte, die die relevanten Komitees bei der EICTA und der UNICE beherrschen, ohne je zu erklären, warum die Interessen der anderen Seite keines Schutzes wert sind. Es gibt seit Jahren eine Kommunikationssperre.

Dies scheint sich nun langsam zu ändern. David Ellard, Nachfolger von **Anthony Howard** und bei der Generaldirektion Binnenmarkt für das Dossier "Software-Patent" verantwortlich, hat einer Teilnahme an der **Konferenz über Softwarepatente**, die der FFII innerhalb des Europäischen Parlaments für den 14.ten April organisiert hat, zugestimmt.

Der Rat der Europäischen Union hat bei seiner Sitzung am 2004-03-02 wieder einmal seine Fehlinterpretation von Artikel 30 TRIPS bestätigt. Eine Eingabe Luxemburgs zugunsten einer Variation des Art 6a wurde abgelehnt. Stattdessen stimmte die Patent-Arbeitsgruppe des Rates für eine Änderung, die besagt, daß Wettbewerbsprobleme nicht innerhalb des Patentrechts, sondern nur fallweise aufgrund von Kartellverfahren wie das gerade anhängige gegen Microsoft, gelöst werden dürfen. Durch diese Erweiterung seines vorherigen **Arbeitsdokuments** hat der Rat seine Position als der kompromißlose Fürsprecher extremer Patentierbarkeit und extremen Patentschutzes und seiner Durchsetzbarkeit noch weiter gestärkt. Diese Entwicklung geschieht ebenfalls auf **Betreiben von Bolkesteins Direktorium**.

Kommentierte Verweise

Kartellverfahren EU gegen MS: Ausschluss von Freier Software bei patentierten Standards scheint als Vernünftig eingestuft

According to this report, the European Commission demands that Microsoft's workgroup server protocols should be available under "Reasonable and Non-Discriminatory" licensing conditions, which means that they should not be available for free/opensource software projects such as Samba.

Der TRIPs-Vertrag und Softwarepatente

Europas gesetzgebende Patentjuristen zitieren oft den TRIPs-Vertrag als Grund für die angebliche Notwendigkeit, Computerprogramme patentierbar zu machen. Hier finden Sie alles, was Sie über das "TRIPs-Scheinargument" wissen müssen.

Interoperabilität und die Softwarepatent-Richtlinie: Welche Schranken sind Erforderlich?

Art 6 of the proposed software patent directive pretends to impose a limit on patent enforcement to safeguard interoperability. Art 6a, which was inserted by the European

Parliament and approved by all three concerned committees, actually does impose a gentle but real limit. It says that filters for conversion from one format to another may always be used, regardless of patents. Unfortunately even this limit has provoked a furious backlash from corporate patent lawyers, seconded by large IT associations and governments (whose patent policy is usually formulated by corporate patent lawyers). After the summer pause of 2003, Arlene McCarthy MEP proposed an amendment to Art 6a which would render Art 6a meaningless. The movement against Art 6a was joined by Wuermeling (EPP), Manders (ELDR) as well as the governments of UK and US. Yet explanations as to what is wrong with the Interoperability Privilege remain very vague. We explain the meaning of Art 6a and the different amendments under discussion.

Exceptions to Intellectual Property Rights: Lessons from WTO-Trips Panels

Three law scholars explain how the European Commission has been pressing for extreme interpretations of Art 30 TRIPs at the WTO panels, partially with success. E.g. the EU succeeded in using TRIPs to disallow internal stockpiling of pharmaceuticals by Canadian generic manufacturers before the expiry of the patent term and to disallow royalty-free use of musical works in the context of smallscale events in the USA. The authors conclude: "WTO-TRIPS panels are restrictively interpreting the restriction to IPR's. They thereby confirm the monopolist strength of the IPR holder, whose powers remains absolute in most respects. Given the stance of WTO-TRIPS panels reinforcing the IPR holder/owner's position, WTO contributes to stifling innovation in the digital economy by limiting the exception for the public good ever further."

WTO complaint by EU 2000 against Canadian regulatory review exemption

Canada's Patent Act allowed competitors to start product safety testing and permission procedures and associated test production and stockpiling during the last 1/2 year of the patent term. The EU filed a TRIPs complaint against this, saying that this made its pharma industry lose 100 mn CAD per year, because it allowed generics producers to enter the market as soon as the patent expired rather than 2 years later. The EU maintained that the Canadian provision discriminated against a field of technology, thereby violating Art 27 TRIPs, and was not a limited and reasonable limitation in the sense of Art 30. The Canadian representative pointed out in detail why the EU's interpretations of TRIPs were inconsistent with the letter and spirit of TRIPs and extremely biased toward rightholders. Yet the WTO panel decided largely in favor of the EU.

The Canadian representative found clear words about the EU's methods of interpretation of TRIPs:

According to the EC, Canada's arguments were based on misconceptions about patent rights. It seemed apparent though that the EC's argumentation flowed from the misconception that Article 30 was an "inutility". In other words, the EC did not

accept that patent rights could be limited in any way, as was evident from its assertion that Canada's measures unreasonably prejudiced the legitimate interests of the patent owner because the legitimate interests of a patent owner could only be the full enjoyment of all his patent rights during the entire patent term. This left no room for any prejudice at all to a patent holder's interests, and equated "normal exploitation" with "unfettered exploitation", notwithstanding Article 30's unequivocal acceptance of reasonable prejudice. Again, the failure to accord any meaning to plain words was a fundamental error of treaty interpretation.



Frits Bolkestein and Software Patents

Internal Market Commissioner of the European Commission since 2000, leader of dutch right-wing liberal party VVD, known mainly by interventions in favor of the world's second largest pharmaceutical company, of whose supervisory board he is a member, and by various policies in favor of big business. Ever since he took office, Bolkestein firmly committed himself to the agenda for legalisation of software patents in Europe and pushed this agenda through an unwilling European Commission. Bolkestein saw himself forced to pay lipservice to the goals of his opponents and sell his directive as a means to achieve those goals. When it became apparent that this strategy did not work, Bolkestein threatened the Parliament with removal of its competence of decision. The Parliament was neither deceived nor intimidated. A month later, Bolkestein's directorate lobbied the national ministers to ignore the Parliament's will and drive the directive project against the wall. When asked for justification, officials of the directorate often point to "the Commissioner" who allegedly is insisting on this.

It may be worth noting that Bolkestein, as a pharma man, may be somewhat more interested than others in reinforcing the EU's extreme stance on Art 27 and 30 TRIPs taken in the WTO patent case against Canada.



Microsoft and Patents

Microsoft Corporation grew large and successful without patents, relying instead on copyright. In 1991, Bill Gates warned that software patents could lead the software industry to a standstill but could also be very useful for defending monopoly positions. At the USPTO hearings of 1994, Microsoft was the only software company that argued in favor of software patentability. Microsoft has been involved in promoting software patentability in Europe. Simultaneously Microsoft's has invested ample resources into a campaign to dissuade governments and corporations from using free operating system. Pointing out the insecurity caused to Free Software by patents and contributing to this insecurity by occasional threats has become an important part of the campaign. Microsoft appears to be a favorite victim of patent attacks. In June 2003, Microsoft hired former IBM patent strategist Marshall Phelps, the father of the "IBM tax", to embark on an aggressive rent-extraction program. Phelps also announced to step up efforts to campaign for software patentability in Europe. Much of this campaigning appears to have been done indirectly by Microsoft partners.

[[Logikpatentnachrichten 2004](#) | [Irish EU Presidency to "protect software inventions" in May](#) | [EPO grants video streaming patent to Acacia](#) | [Swedish Government Fighting for Software Patents](#) | [EPO answers to Kauppi questions available](#) | [FFII Opposition against Amazon](#) | [OECD ministers call for closer scrutiny of the patent system](#)]



<http://swpat.ffii.org/log/04/cecms0326/index.de.html>

© 2004/04/26 (2004/03/26) **Arbeitsgruppe**

deutsche Version 2004/03/27 von **Toni MUELLER**